LZ-Rheinland

Artikel vom 06.03.2019 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 21:47 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/cdu-hummelt-nach-insektenschutz

CDU hummelt nach Insektenschutz



Foto: imago

Bei der Weiterentwicklung der europäischen Agrarpolitik sollen Landwirte größere Anreize erhalten, wenn sie „besondere Natur- und Artenschutzleistungen“ erbringen, beispielsweise über die Förderung von Blühstreifen, Ausgleichsflächen und Heckenpflanzungen. Mit diesem Ziel hat Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner vergangene Woche ein Papier zum Insektenschutz im CDU-Bundesvorstand eingereicht, das den Titel „Insekten schützen, Artenvielfalt erhalten“ trägt. Klöckner will das Potenzial der biologischen Vielfalt für die Verbesserung und Stabilität pflanzenbaulicher Produktionssysteme ausbauen und konsequent nutzen. Dafür soll die Biodiversität in der Gesamtfläche ausgebaut werden mit dem Ziel, vernetzte Lebensräume für Fauna und Flora herzustellen. Die Forschung an innovativen und bienenfreundlichen Pflanzenschutzmitteln soll verstärkt und diese sollen auch zügig zugelassen werden. Bei der Weiterentwicklung des integrierten Pflanzenschutzes sollen nichtchemische Verfahren forciert werden. Das Papier sieht außerdem eine verlässliche und marktorientierte Förderung des Ökolandbaus vor. Auch am 20-%-Ziel beim Ökolandbau wird festgehalten. Bei der Ausarbeitung der Ackerbaustrategie, die zusammen mit den Landwirten entstehen soll, ist eine Förderung von Methoden der Digitalisierung und Präzisionslandwirtschaft vorgesehen. Überdies sollen die Imker weiter unterstützt werden. Klöckner hebt in dem Papier außerdem hervor, dass der Insektenschutz nicht bei der Landwirtschaft aufhöre. So müsse die Akzeptanz der modernen Landwirtschaft in der

Bevölkerung „deutlich verbessert werden“. Wenn die Gesellschaft höhere Allgemeinwohlleistungen der Landwirtschaft einfordere, müsse sie erkennen, dass diese Leistungen zu höheren Produktionskosten führten, die getragen werden müssten. Ebenfalls gefordert seien der Naturschutz, die Kommunen, die Landkreise, die Wirtschaft und die Bürger.

AgE